



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 6. September 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1142
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*33. Sitzung des **Europaausschusses***

*am Montag, dem 5. September 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Ausschuss einen **Sachstandsbericht zur Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union** sowie einen Bericht zur **Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtags - „Wolfsburger Erklärung“** -, [Drucksache 17/1629](#), entgegen. Es schloss sich jeweils eine Diskussion an.

Einstimmig empfahl der Europaausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Keine weitere Verschärfung der dänischen Grenzkontrollen**, [Drucksache 17/1717](#), sowie den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion des SSW, [Drucksache 17/1731](#), und den ebenfalls dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel **Grenzenloses Europa**, [Drucksache 17/1742](#), für erledigt zu erklären. Nachdem ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der LINKEN abgelehnt worden war, empfahl der Ausschuss vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Innen- und Rechtsausschusses dem Landtag einstimmig, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Für ein grenzenloses Europa - keine weitere Verschärfung der dänischen Grenzkontrollen

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 26. Mai 2011 und setzt sich weiterhin für ein Europa ohne Grenzen und die unbeschränkte Reisefreiheit ein. Er teilt die Bedenken von Bundesregierung und Europäischer Kommission über die Unvereinbarkeit von geplanten permanenten dänischen Grenzkontrollen mit dem Schengen-Abkommen und den EU-Verträgen.

2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wünscht nicht, dass die von Dänemark auf schleswig-holsteinischem Boden geplante Anlage zur Verkehrslenkung am Autobahngrenzübergang Ellund/Frøslev zu einem Baustein einer permanenten Grenzkontrolle wird. Er bittet die Landesregierung, hierüber Gespräche mit der dänischen Regierung und der Bundesregierung zu führen.“

Schluss: 11:30 Uhr

gez. Thomas Wagner